

Niederschrift
über die 22. Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund
Heilpädagogischer Hilfen
am 18.06.2019 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Ensmann, Bernhard
Giebels, Harald
Hohl, Peter
Kromer-von Baerle, Wolfgang
Dr. Leonards-Schippers, Christiane
Müller, Michael
Nabbefeld, Michael
Rohde, Klaus
Wörmann, Josef

Vorsitzender

SPD

Ciesla-Baier, Dietmar
Heinisch, Iris
Joebges, Heinz
Kaiser, Manfred
Recki, Gerda
Servos, Gertrud

für Wucherpfennig, Brigitte
für Eichner, Harald

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Janicki, Doris
Kresse, Martin
Tuschen, Johannes-Jürgen

FDP

Feiter, Stefan
Pagels, Hans-Joachim

für Haupt, Stephan (MdL)

Die Linke.

Ammann-Hilberath, Martina

FREIE WÄHLER

Hagenbruch, Detlef

Fraktionslos/Gruppenlos

Nüse, Theodor

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski	LVR-Dezernentin Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen
Lewandowski	LVR-Dezernent Soziales
Dr. Möller-Bierth	Fachbereichsleitung Personelle und organisatorische Steuerung des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen
Stephan-Gellrich	Fachbereichsleitung Qualitäts- und Innovationsmanagement des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen
Thewes	Fachbereichsleitung LVR-Fachbereich Wirtschaftliche Steuerung des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen
Ende	Komm. Kaufmännischer Direktor LVR-HPH-Netz Ost
Lapp	Fachlicher Direktorin LVR-HPH-Netz Ost
Kasten	Kaufmännischer Direktor LVR-HPH-Netz West
Klose	Kaufmännischer Direktor LVR-HPH-Netz
Niederrhein	
Nottelmann	Fachliche Direktorin LVR-HPH-Netz West
Ströbele	Fachlicher Direktor LVR-HPH-Netz Niederrhein LVR-HPH-Netz West
Anders	PR LVR-HPH-Netz West
Cameli	PR LVR-HPH-Netz West
Hüttersen	Schwerbehindertenvertretung
Kortz	GPR
Overkamp	PR LVR-HPH-Netz Niederrhein
Poelkow	PR LVR-HPH-Netz Ost
Schätzer	GPR
Breidenbach	LVR-Fachbereich Personelle und organisatorische Steuerung des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Bericht LVR-Verbundzentrale
3. Niederschrift über die 21. Sitzung vom 25.03.2019
4. Sachstand zum Landesrahmenvertrag nach SGB IX **14/3433 K**
5. Rahmenvereinbarung der Landschaftsverbände und kommunalen Spitzenverbände über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe **14/3405 K**
6. Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Kennzahlenvergleichs 2017 **14/3391 K**
7. Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: Regionalisierter Datenbericht 2017 **14/3399 K**
8. Mitgliedschaft des LVR im Verein "WOHN:SINN e.V." **14/3274 K**
9. Kurzzeitwohnen: Datenbericht und weiterer Ausbau der Plätze für Kinder und Jugendliche sowie erwachsene Menschen mit Behinderung **14/3360 E**
10. Sachstandsbericht zur Umsetzung des BTHG im Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen
11. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2018 **14/3132 K**
12. Anträge und Anfragen der Fraktionen
13. Bericht aus der Verwaltung
- 13.1. Bericht LVR-HPH-Netz Niederrhein
- 13.2. Bericht LVR-HPH-Netz Ost
- 13.3. Bericht LVR-HPH-Netz West
14. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

15. Niederschrift über die 21. Sitzung vom 25.03.2019
16. Aufwands- und Ertragsentwicklung im I. Quartal 2019
- 16.1. I. Quartalsbericht 2019 des LVR-HPH-Netzes Niederrhein **14/3412 K**
- 16.2. I. Quartalsbericht 2019 des LVR-HPH-Netzes Ost **14/3413 K**
- 16.3. I. Quartalsbericht 2019 des LVR-HPH-Netzes West **14/3414 K**

17. Vergabeübersicht für das I. Quartal 2019 des LVR-HPH-Netz West **14/3306 K**
18. Anträge und Anfragen der Fraktionen
19. Bericht aus der Verwaltung
- 19.1. Bericht LVR-Verbundzentrale
- 19.2. Bericht LVR-HPH-Netz Niederrhein
- 19.3. Bericht LVR-HPH-Netz Ost
- 19.4. Bericht LVR-HPH-Netz West
20. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:55 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:00 Uhr
Ende der Sitzung:	11:00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Herr Rohde begrüßt zunächst die Mitarbeitenden der LVR-HPH-Netze, die mit Plakaten und Transparenten ihre Sorge zum neuen Verwaltungsstandort des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen zum Ausdruck bringen.

Er führt aus, dass sich in den letzten 50 Jahren sehr viel zum Wohle der Menschen mit Behinderungen positiv verändert habe. Es werde ihnen ein inklusives Leben in der Gesellschaft ermöglicht. Eigenständiges Leben und Anerkennung in der Gesellschaft seien heute normal. Die LVR-HPH-Netze hätten bis heute erfolgreich ihre Konzepte unter Berücksichtigung neuer Erkenntnisse und Anforderungen entwickelt. Dies sei vor allem ein Verdienst der Mitarbeiter*innen. Mit dem BTHG verändere sich die Lage aber deutlich. Nun orientiere sich die notwendige Unterstützung der Menschen mit Behinderung nicht mehr an einer bestimmten Wohnform, sondern am individuellen Bedarf. Bisher seien die LVR-HPH-Netze durch eine hohe dezentrale Organisation geprägt. Für die Umsetzung des BTHG und die damit verbundenen Systemveränderungen sei zur Steuerung der Geschäftsprozesse eine einheitlich ausgerichtete Verwaltung erforderlich. Gleichwohl nehme man die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter*innen wahr. Er versichert den Mitarbeiter*innen, dass die politische Vertretung den Prozess der Reorganisation der LVR-HPH-Netze intensiv und kritisch begleiten werde.

Zum aktuellen Stand der Reorganisation werde Frau Wenzel-Jankowski berichten. Hierzu werde TOP 12.1 der Tagesordnung vorgezogen und zum neuen TOP 2. Der Ausschuss stimmt dem zu.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung anerkannt.

Punkt 2 **Bericht LVR-Verbundzentrale**

Frau Wenzel-Jankowski berichtet zum aktuellen Stand der Reorganisation der LVR-HPH-Netze. Die Betriebssatzung befindet sich derzeit in der Endabstimmung und die Eckpunkte des Gutachtens der Firma ZEQ würden am 24.06.2019 in der dezernatsübergreifenden Projektgruppe vorgestellt. Die Beratung des Satzungsentwurfs und der Eckpunkte des Gutachtens werden dann in der Ausschusssitzung am 16.09.2019 erfolgen. Frau Wenzel-Jankowski kündigt an, dass zur Vorbereitung der Sitzung kurzfristig ein interfraktioneller Arbeitskreis einberufen werde. Die Sitzung findet am 11.07.2019 statt. Frau Wenzel-Jankowski teilt weiterhin mit, dass Dezernat 3 mit der Suche nach geeigneten Liegenschaften für einen Verwaltungsstandort beauftragt worden sei, dazu aber noch keine Ergebnisse vorliegen würden.

Punkt 3 **Niederschrift über die 21. Sitzung vom 25.03.2019**

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Punkt 4 **Sachstand zum Landesrahmenvertrag nach SGB IX** **Vorlage Nr. 14/3433**

Herr Lewandowski erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage:

- Für den Bereich der Sozialen Teilhabe konnte ein einheitliches modulares Finanzierungssystem vereinbart werden, das zum Beispiel für die Wohnhilfen oder die Leistungen der Tagesstruktur gilt. Dem Grundsatz der Selbstbestimmung und Personenzentrierung folgend, sind die einzelnen Leistungen nun wohnortunabhängig.
- Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen werden ausführlich geregelt. Prüfungen werden zukünftig anlassunabhängig und unangekündigt durchgeführt.
- Es wird eine Meldepflicht für besondere Vorkommnisse eingeführt. Der Träger der Eingliederungshilfe ist unverzüglich schriftlich zu informieren.
- Die Verhandlungen wurden am 05.06.2019 abgeschlossen. Bis 08.07.2019 ist mit den Vertragspartnern eine Einredefrist vereinbart worden. Danach folgt das Unterschriftenverfahren. Für den LVR wird die Landesdirektorin den Vertrag nach eigener Prüfung unterzeichnen.

Der Sachstand zum Landesrahmenvertrag SGB IX wird gemäß Vorlage Nr. 14/3433 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Rahmenvereinbarung der Landschaftsverbände und kommunalen Spitzenverbände über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe Vorlage Nr. 14/3405

Herr Lewandrowski erläutert die Vorlage. Um in NRW für Menschen mit Behinderung möglichst einheitliche Lebensverhältnisse zu erreichen, werden auch zukünftig Kooperationsvereinbarungen zwischen den überörtlichen und örtlichen Sozialhilfeträgern und Eingliederungshilfeträgern geschlossen. Durch das AG-BTHG werde der Neuabschluss der bereits seit 2004 flächendeckend abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen mit allen Mitgliedskörperschaften gefordert. Der Rahmen und die Grundsätze für die abzuschließenden örtlichen Kooperationsvereinbarungen würden durch eine gemeinsame Rahmenvereinbarung der Landschaftsverbände und der kommunalen Spitzenverbände bestimmt. Derzeit würden die Entwürfe der Rahmenvereinbarung und der Musterkooperationsvereinbarung in den Sozialausschüssen der kommunalen Spitzenverbände beraten. Die bilateralen Kooperationsvereinbarungen sollen dann in der zweiten Jahreshälfte 2019 zwischen den Landschaftsverbänden und den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten ausgehandelt werden.

Der Entwurf der Rahmenvereinbarung der Landschaftsverbände und kommunalen Spitzenverbände sowie der Entwurf der Kooperationsvereinbarung über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe werden gemäß Vorlage Nr. 14/3405 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Kennzahlenvergleichs 2017 Vorlage Nr. 14/3391

Es gibt keine Anmerkungen.

Die zentralen Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2017 (Kennzahlenvergleich 2017) werden gemäß Vorlage Nr. 14/3391 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: Regionalisierter Datenbericht 2017 Vorlage Nr. 14/3399

Es gibt keine Anmerkungen.

Der regionalisierte Datenbericht 2017 zu den Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 14/3399 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Mitgliedschaft des LVR im Verein "WOHN:SINN e.V." Vorlage Nr. 14/3274

Herr Kresse macht deutlich, dass die Einrichtungen von einer Mitgliedschaft des LVR im Verein "WOHN:SINN" profitieren könnten. In der Datenbank könne u.a. das Kurzzeitwohnen beworben werden.

Die Ausführungen zur Mitgliedschaft im Verein WOHN:SINN e.V. werden gemäß Vorlage Nr. 14/3274 zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Kurzzeitwohnen: Datenbericht und weiterer Ausbau der Plätze für Kinder und Jugendliche sowie erwachsene Menschen mit Behinderung Vorlage Nr. 14/3360

Frau Recki und Frau Ammann-Hilberath machen deutlich, wie wichtig dieses Angebot sei und bitten darum, diese Plätze möglichst schnell umzusetzen. Für das LVR-HPH-Netz Niederrhein teilt Herr Ströbele mit, dass für die fünf zu realisierenden Plätze in Kürze die Baugenehmigung erwartet werde, so dass mit einer Realisierung bis Ende 2020 zu rechnen sei. Herr Lewandrowski führt ergänzend aus, dass die Erhebung gezeigt habe, dass die Bedarfslage nach neuen Angeboten verlange. Allerdings sei es schwierig, geeignete Anbieter zu finden. Ausschlaggebend für die Schwierigkeiten sei allerdings nicht die Finanzierung, sondern die Schwankungen in der Belegung.

Die Frage von Frau Heinisch, ob es eine Erhebung über die Ablehnungen und die temporäre Versorgung in Kinder- und Jugendhospizen gebe, wird von Herrn Lewandrowski verneint.

Der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Ausweitung der Leistung „Kurzzeitwohnen“ um maximal 20 Plätze (davon 15 Plätze für erwachsene Menschen mit Behinderung sowie 5 Plätze für Kinder und Jugendliche mit Behinderung) wird gemäß Vorlage Nr. 14/3360 zugestimmt.

Punkt 10

Sachstandsbericht zur Umsetzung des BTHG im Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Frau Wenzel-Jankowski führt kurz in die Aufstellung des Projektes im Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen ein.

Frau Siekierski und Herr Weist informieren anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage) über den Stand der Umsetzung des BTHG im Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen und erläutern die organisatorischen, fachlichen und finanziellen Änderungsprozesse in den Einrichtungsverbänden.

Auf Fragen von Herr Wörmann, Frau Ammann-Hilberath und Frau Janicki führen Herr Lewandrowski, Frau Siekierski und Herr Weist wie folgt aus:

- Die mit dem Bedarfsermittlungsinstrument (BEI-NRW) betrauten Mitarbeiter*innen der Leistungserbringenseite werden durch den Träger der Eingliederungshilfe geschult. Die Einführung des neuen Bedarfsermittlungsinstrumentes in den Regionen des Rheinlandes erfolgt in einem abgestuften Verfahren. Die ersten Multiplikator*innen- bzw. Referent*innenschulungen finden derzeit statt.
- Nach Klarstellung durch das BMAS sind tatsächlich angepasste Warmmieten für alle Kommunen zu erheben. Diese Erhebung läuft derzeit. Erste Ergebnisse sind vermutlich frühestens im August/September 2019 zu erwarten. Erst danach kann festgestellt werden, ob die anzuerkennenden Aufwendungen für die Unterkunft den Grenzbetrag 100% bzw. 125% der durchschnittlichen Warmmiete überschreiten.
- Die Fallübergaben für die existenzsichernden Leistungen an die örtlichen Träger werden derzeit in enger Abstimmung mit den Mitgliedskörperschaften vorbereitet.

- Der Regelsatz Grundsicherung enthält auch die Anteile für die Verpflegung. Aktuell werden Regelungen entworfen, in welcher Höhe der Anteil der Verpflegung an die Einrichtungen abzuführen ist.

Herr Rohde bedankt sich im Namen des Ausschusses für die ausführliche Berichterstattung.

Punkt 11

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2018 Vorlage Nr. 14/3132

Frau Janicki nimmt Bezug auf das Thema "Elternschaft und Kinderwunsch" und fragt nach den Erfahrungen in den LVR-HPH-Netzen. Herr Ströbele berichtet, dass es aktuell eine Elternschaft gebe.

Der Entwurf des Jahresberichtes 2018 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage-Nr. 14/3132 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der Sitzung am 04.07.2019 geplant. Anschließend wird der Bericht für das Berichtsjahr 2018 in einer Broschüre veröffentlicht. Der Bericht wird am 06.12.2019 wieder im Rahmen einer Fachveranstaltung „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“ mit Vertretungen der Menschen mit Behinderungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diskutiert.

Punkt 12

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Es gibt keine Anmerkungen.

Punkt 13

Bericht aus der Verwaltung

Punkt 13.1

Bericht LVR-HPH-Netz Niederrhein

Es gibt keine Anmerkungen.

Punkt 13.2

Bericht LVR-HPH-Netz Ost

Frau Lapp teilt mit, dass das BeWo-Kompetenzteam im Bericht der Monitoringstelle UN-BRK des Deutschen Institutes für Menschenrechte lobend erwähnt worden sei.

Herr Ende berichtet, dass das LVR-HPH-Netz Ost am Prämiensystem der Unfallkasse NRW teilgenommen habe und für seinen Einsatz im Bereich des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit am 04.07.2019 prämiert werde.

Punkt 13.3
Bericht LVR-HPH-Netz West

Es gibt keine Anmerkungen.

Punkt 14
Verschiedenes

Herr Rohde berichtet über die Bereisung des LVR-HPH-Netzes Ost. Dort habe man den Ledenhof besichtigt und sich über den aktuellen Stand der Baumaßnahmen informiert. Er dankt zudem dem LVR-HPH-Netz Niederrhein für die Unterstützung in der schwierigen Situation am Ledenhof.

Langenfeld, den 18.07.2019

Der Vorsitzende

R o h d e

Köln, den 04.07.2019

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i

Sachstandsbericht zur Umsetzung des BTHG im Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Kim Siekierski, FB 84
Pascal Weist, FB 83

Köln, 18.06.2019

Gesamtprojekt zur Umsetzung des BTHG im LVR-Dezernat 8

- **Fachbereichsübergreifende Projektstruktur**

- **Angebotsübergreifende Betrachtung**
 - LVR-HPH-Netze & Abteilungen für Soziale Rehabilitation der LVR-Kliniken
 - insg. > **2.000** stationäre Plätze, über 100 Standorte
 - und **ca. 900** Leistungsvereinbarungen zum BeWo

- **Breite Beteiligung & Vernetzung**
 - Mitwirkung in den Verhandlungen zum LRV
 - Fachlicher Austausch der LVR-HPH-Netze
 - Netzübergreifende Arbeitsgruppen
 - Arbeitsgruppe mit den KD bzw. Finanzleitungen HPH & Kliniken
 - Verbundkonferenzen HPH & Soziale Reha
 - Netzkonferenzen der LVR-HPH-Netze
 - Fachforum Soziale Reha
 - BTHG-Tagungen 2016 & 2018 (jeweils 250 TN)
 - Fortbildungsangebote der LVR-Akademie für Seelische Gesundheit

BTHG – und alles wird anders?

➤ **Veränderungen**

- **Aufbauorganisation** (Qualifikationsprofile/Arbeitszuschnitte von Mitarbeitenden, Organisationseinheiten etc.)
- **Ablauforganisation** (Prozesse, Personalplanung etc.)
- **QM** (Organisationsbezug vs. Personenbezug im QM)

➤ **Schulungs- und Informationsbedarfe**

- BEI_NRW
- ICF (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit)
- Konzeption / zeitlicher Aufwand & Ablauf bei >2.500 MA

➤ **Verstärkte Differenzierung zwischen unterschiedlichen Kostenträgern/Leistungsträgern**

- Einführung Teilhabemanagement/Teilhabe-Assessment

Änderungen ab 01.01.2020 und darüber hinaus (Wohnen)

➤ Teil D des Landesrahmenvertrags (Umstellungsphase)

2019

Pauschale Finanzierung (Existenzsicherung & Eingliederungshilfe)
IB – GP – MP

2020

**Existenz-
sicherung**

Eingliederungshilfe: IB – GP – MP

Existenzsichernde Leistungen (Beispiele)

- **Wohn- und Betreuungsverträge**
 - Zurverfügungstellung von Wohnraum
 - Leistungen zur Verpflegung und Hauswirtschaft

- **Erhebung von Gebäudeflächen und –IST-Kosten**
 - Kaltmieten, Nebenkosten nach BetrKV, zuschlagsbegründende Kosten nach § 42a SGB XII n. F.
 - Erhebung von Raummaßen, Zuordnung zu Wohn- und Fachflächen

- **Preiskalkulationen (retrograd bzw. progressiv)**
 - Beispiele: was kostet die monatliche Verpflegung für einen Menschen, der halbtags in einer WfbM arbeitet? Wie hoch wird die *tatsächliche* angemessene Warmmiete für eine Person in Düsseldorf sein? Wie hoch in Kleve?

- **Zahlungsströme & Debitorenbuchhaltung**
 - Welche Zahlungen erreichen uns via Dauerauftrag, Einzugsermächtigung oder Direktzahlung eines örtlichen Trägers? Netto- vs. Brutto-Prinzip.

Perspektive – Was kommt nach der Umstellungsphase?

Teil B des Landesrahmenvertrags (Leistungen zur Sozialen Teilhabe):

➤ Rahmenleistungsbeschreibungen

- Assistenzleistungen
 - Unterstützende Assistenz
 - Qualifizierte Assistenz
- Fachmodul Wohnen
- Organisationsmodul
- *(Fachmodul Tagesstruktur und Schulungen)*
- *(Fachmodul Pflegefamilien)*
- *(Leistungen zur Mobilität)*

Teil G des Landesrahmenvertrags (Regelungen zur Vergütung):

➤ Finanzierung

- Assistenzleistungen: zeitbasiert, landeseinheitliche Stundensätze
- Fachmodul Wohnen: tagesgleiche Pauschale, individuelle Vereinbarung
- Organisationsmodul: tagesgleiche Pauschale, landeseinheitliche Personalschlüssel und Sachaufwand

Änderungen ab 01.01.2020 und darüber hinaus (Wohnen)

➤ Teil D des Landesrahmenvertrags (Umstellungsphase)

2019

Pauschale Finanzierung (Existenzsicherung & Eingliederungshilfe)
IB – GP – MP

2020

Existenzsicherung

Eingliederungshilfe: **IB – GP – MP**

➤ Teil G zum Landesrahmenvertrag (Vergütung)

2023

Existenzsicherung

Unterstützende
Assistenz

Qualifizierte
Assistenz

Fachmodul
Wohnen

Organisations
modul